



Frage des Monats

Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! haben begonnen, sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete zu wenden, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den Abgeordneten des Wahlkreises in vierwöchentlichem Abstand eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.

Frage des Monats Mai

Laut Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung und laut SIPRI steht Deutschland an dritter Stelle der Rüstungsexporteure weltweit und ist Europameister im Waffenhandel. Es hat sein Exportvolumen sogar gesteigert, in den Jahren 2006 bis 2010 um 96 % gegenüber den fünf Jahren vorher.

Wir finden diese Tatsachen schockierend und skandalös. Wie bewerten Sie die Entwicklung?

Es antworteten

- Marc Würfel-Elberg, CDU
- Winni Nachtwei und Carsten Peters, Grüne
- Benjamin Körner, Linke

Für die CDU antwortete Marc Würfel-Elberg im Namen des Arbeitskreises „Außen-, Sicherheitspolitik und Europa“ am 11. Mai

Mehr Transparenz im Rüstungsexport!

Allein aufgrund einer prozentualen Steigerung des Rüstungsexportsvolumens vermögen wir uns nicht der Bewertung „schockierend“ und „skandalös“ anzuschließen. Entscheidend für eine solche Bewertung wäre die Benennung von Fällen, in denen deutsche Rüstungsexportgüter rechtswidrig in andere Länder gelangen und dort die Gefahr besteht, dass diese z.B. zur Unterdrückung der Bevölkerung oder Versorgung von Bürgerkriegsparteien eingesetzt werden und/oder gegen die Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern verstoßen wird. Dabei verschließen wir uns keiner Debatte zur Anwendung von Abschnitt III Nr. 2 dieser Grundsätze. Transparenz im Rüstungsexport ist uns ein wesentliches Anliegen.

Unabhängig davon halten wir es für notwendig, dass es in Deutschland weiterhin eine Rüstungsindustrie gibt, die auch in einigen Bereichen die Technologieführerschaft innehat und unsere Streitkräfte ausrüstet, was wiederum unserer Sicherheit und der unserer Verbündeten zuträglich ist, denn der größte Teil des Rüstungsexports (71% in 2010) geht an unsere Verbündeten. Nur eine erfolgreiche Rüstungsindustrie kann auch die notwendigen Forschungsabteilungen aufrecht erhalten, die diese Technologieführerschaft sichern.

Gemessen am Gesamtexport liegen die deutschen Rüstungsexporte mit 0,20 Prozent im Jahre 2010 auch noch unter den Jahren 2005 und 1999. Insgesamt ist die Entwicklung hier eher als seitwärts und nicht als stark ansteigend zu bezeichnen. Es wird für die Zukunft sogar von einem Rückgang ausgegangen. Berücksichtigt man zudem, dass die Zahl der Beschäftigten im Rüstungssektor in der Zeit von 1990 – 2002 von 290.000 auf 80.000

zurückgegangen ist und seitdem in dieser Größenordnung bis heute verharret, dann wird deutlich, dass entsprechend der Grundsätze der Bundesregierung die Beschäftigungspolitik hier nicht ausschlaggebend ist, und unsere These der Seitwärtsentwicklung wird gestützt. Transparenz wünschen wir uns aber auch hinsichtlich der Bewertung der Situation in den Drittländern. Dazu schlagen wir die Einrichtung einer Experten-/Ethikkommission vor, die ein entsprechendes Votum abgeben soll, das der Bundesregierung bei der Entscheidung über die Genehmigungserteilung Richtschnur sein sollte. (Wiedergabe ohne Fußnoten)

Für das Bündnis 90/Die Grünen antworteten Winni Nachtwei, Ex-MdB, und Carsten Peters, Mitglied des Fraktionsvorstandes in Münster, am 20. Mai.

Die „Spitzenstellung“ und das andauernde Wachstum deutscher Rüstungsexporte widerspricht allen regierungsamtlichen Beschwörungen von kollektiver Sicherheit, Friedenssicherung und Entwicklungsförderung. Sie konterkarieren die Arbeit der Abertausenden Frauen und Männer, die für diese Ziele im Rahmen deutscher Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen weltweit arbeiten.

Zynisch ist die U-Boot-Lieferung an das zutiefst verschuldete Griechenland, dessen Menschen jetzt ein brutales Sparregime durchmachen müssen. Die GKKE fordert zu Recht, dass das Kriterium der Entwicklungsverträglichkeit auch auf Mitgliedsländer von EU und NATO angewandt werden muss.

Ein erheblicher Teil der Exporte geht in Länder, die mindestens vier Kriterien des EU-Verhaltenskodex nicht erfüllen. Die Bundesregierung erteilte Liefergenehmigungen für insgesamt 48 Länder, bei denen das Bonner Konversionszentrum (BICC) eine bedenkliche Menschenrechtssituation festgestellt hat. Kleine und leichte Waffen gehen zu erheblichen Teilen in Länder des Nahen und Mittleren Ostens und nach Südasiens.

Alle diese Exporte widersprechen dem Gebot einer weitsichtigen Sicherheits- und Friedenspolitik, die alles vermeiden müsste, was Spannungen, Wettrüsten und Gewaltkonflikte fördern, Unrechtsregime stärken und Menschenrechtsverletzungen erleichtern könnte. In ungueter Erinnerung sind uns noch die innerkoalitionären Auseinandersetzungen um die Rüstungsexportpolitik der rotgrünen Bundesregierung, wo Wirtschafts- und Verteidigungsministerium und Kanzleramt immer wieder versuchten die restriktiv formulierten Rüstungsexportrichtlinien beiseite zu drängen.

Seit Jahren beobachten wir eine fortschreitende Enthemmung der deutschen Rüstungsexportpolitik. Die U-Boote für Pakistan, Panzer für Saudi Arabien sind die Spitzen eines Eisbergs. Dieser friedens- und sicherheitspolitische Skandal wird durch einen Demokratie-Skandal abgeschirmt und ermöglicht: die systematisch verweigerte parlamentarische Kontrolle. Es gibt keinen Bereich deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, der so sehr der parlamentarischen Kontrolle entzogen ist wie die Rüstungsexportpolitik. (leicht gekürzt)

Für Die LINKE antwortete Benjamin Körner, Mitglied des Kreisvorstandes Münster, am 24. Mai

In jeder Minute wird irgendwo auf der Welt ein Mensch erschossen. Fünfhunderttausend Mal im Jahr! Oft, sehr oft, mit deutschen Waffen. Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Wo immer auf der Welt geschossen wird, sind auch deutsche Waffen mit dabei. Alle Bundesregierungen aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU haben immer mehr und mehr Rüstungsexporte ins Ausland genehmigt.

Deutsche Waffen landen dabei auch unkontrolliert in Kriegsgebieten. Es ist eine Legende, dass Waffenexporte in Deutschland streng kontrolliert werden. Es ist erlaubt, Waffen in Kriegsgebiete zu verkaufen. Es ist erlaubt, Waffen an Menschenrechtsverletzer zu verkaufen. Fast jede deutsche Waffe wird in fast jedes Land der Welt geliefert. Und da, wo es nicht erlaubt ist, tauchen trotzdem deutsche Waffen auf. Denn wenn die Waffen einmal das Land verlassen haben, kontrolliert niemand mehr, ob sie nicht doch weiterverkauft werden.

Deutschland exportiert Tod und Leid in die Welt. Daher müssen insbesondere Waffenexporte, aber auch generell alle Rüstungsexporte gestoppt werden! Die Rüstungsindustrie muss auf friedliche Produktion umgestellt werden. In Deutschland arbeiten 80.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Wie viele Tote kommen auf einen Arbeitsplatz in Deutschland? Die Bundesregierung sollte nicht den Verkauf von Waffen fördern, sondern die Umstellung auf eine friedliche Produktion. Denn jeder Euro, der mit dem Tod verdient wird, ist ein Euro zu viel.

DIE LINKE fordert: Deutschland muss das Geschäft mit dem Tod verbieten, ohne jede Ausnahme.